



Auf Kosten anderer

RUND ZWEIDRITTEL ALLER PFLEGEBEDÜRFTIGEN WERDEN ZUHAUSE VON ANGEHÖRIGEN GEPFLEGT. IMMER HÄUFIGER HOLEN SICH PFLEGEHAUSHALTE UNTERSTÜTZUNG DURCH HILFSKRÄFTE AUS OSTEUROPA. IHRE ARBEITSBEDINGUNGEN SIND OFTMALS MISERABEL. WAS TUT DIE POLITIK GEGEN DIESE AUSBEUTUNG?

> Von Bärbel Triller

Seit Ende 2016 arbeiten Ilona und Mila bei einem Berliner Pflegedienst, der ambulante Intensivpflege anbietet. Die Polinnen, die nicht mit ihren richtigen Namen genannt werden möchten, berichten von vierzehntägigen Nonstop-Arbeitseinsätzen, Zwölf-Stunden-Schichten und einem Intensivpflegedienst, der keinen pünktlichen Wechsel der Pflegerinnen organisiert und sie mit der Sorge um den schwerkranken Patienten alleinlässt. Häufig kehren die Pflegerinnen hungrig und aufs Äußeste erschöpft nach Arbeitsende in ihre Unterkunft zurück. Zusammen mit anderen osteuropäischen Krankenpflegerinnen, die aus Bulgarien, Rumänien, Tschechien und der Slowakei kommen, teilen sich die Polinnen eine kleine Wohnung. Hier bringt sie ihr Arbeitgeber in Zwei- und Dreibettzimmern während ihrer Arbeitseinsätze unter Ruhe und Schlaf finden die Frauen in der überfüllten Unterkunft in der

Regel nicht. Zum Beispiel, weil es sogar vorkommt, dass eine Pflegerin nach einer anstrengenden Arbeitsschicht zusammenbricht und ihre Kolleginnen für sie den Notarzt rufen müssen.

Mit Fällen wie diesen hat Sylwia Timm täglich zu tun. Timm arbeitet als Beraterin im Berliner Büro von „Faire Mobilität“. Die DGB-Beratungsstelle informiert seit 2012 bundesweit an mittlerweile sieben Standorten mobile Beschäftigte aus dem Ausland über ihre Rechte auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Auch Ilona und Mila suchten in der Beratungsstelle Hilfe. Laut Arbeitsvertrag, den die Polinnen mit dem Pflegedienst geschlossen haben, sollen sie 173 Stunden im Monat arbeiten. Tatsächlich kommen sie in ihren zweiwöchigen Arbeitseinsätzen auf bis zu 250 Stunden. Auf der Lohnabrechnung der Frauen stehen regelmäßig 133 Arbeitsstunden, die als Grund-

gehalten zu einem Stundensatz von 17 Euro/brutto abgerechnet werden. Ein überdurchschnittlich hoher Stundensatz. „Mehrarbeit und Urlaub werden aber nicht extra bezahlt“, betont Beraterin Timm. Zudem gilt die einsatzfreie Zeit als genommener Urlaub. Und pro Monat werden 100 bis 200 Euro pro Bett in der Unterkunft vom Lohn abgezogen, der nur unregelmäßig gezahlt werde. Nachfragen seitens der Polinnen beantwortete der Pflegedienst nicht. Die Pflegerinnen meinen, berichtet Timm, dass ihnen bei solchen Fragen vermittelt werde, dass sie „dumm“ seien und „nix verstehen“. Die Krankenpflegerinnen hätten das Gefühl, dass sie von dem Pflegedienst wie „versklavt“ behandelt werden und sie keine Rechte haben.

DIE UNWISSENHEIT VON ARBEITSKRÄFTEN AUS OSTEUROPA WIRD IN DEUTSCHLAND OFT AUSGENUTZT

Auf der Liste der Gründe, warum mobil Beschäftigte um Unterstützung bitten, stehen Fragen rund um die Themen Lohn, Sozialleistungen, Arbeitsvertrag und Kündigung ganz oben. Arbeitskräfte aus dem Ausland werden auf dem Bau, in der Gastronomie, in der Fleischindustrie und in der Pflege beschäftigt. Ihre Unwissenheit über die hiesigen Verhältnisse wird von Arbeitgebern oft genug ausgenutzt. Hinzu kommen ihre prekäre Lage und berufliche Perspektivlosigkeit in den Heimatländern. Auch Ilona und Mila unterstützen mit ihrem Lohn ihre Familien und Kinder in Polen. Die beiden Frauen haben sich ihre Arbeit selbst gesucht. In Internetforen und Zeitungen, die sich an die polnische Community in Deutschland richten, mangelt es nicht an Jobangeboten. Einige Pflegekräfte finden ihren Weg in die deutschen Pflegehaushalte auch über Mundpropaganda im Netzwerk der eigenen Ethnie. Bei anderen Pflegekräften greift das Entsendegesetz. Das bedeutet, sie sind bei einem Pflegeunternehmen in ihrem Heimatland angestellt und ihr Arbeitgeber entsendet sie zur Erbringung von Dienstleistungen nach Deutschland. Hier ist dann in der Regel eine ansässige Agentur als Partnerunternehmen tätig, die die Pflegekräfte in Familien vermittelt.

Die Agenturen versprechen unkomplizierte Bürokratie und bewerben die 24-Stunden-Betreuung als bezahlbare Alternative zum Pflegeheim. Für Pflegefamilien ein durchaus verlockendes Angebot. Denn die Rundum-die-Uhr-Versorgung in Deutschland ist teuer und die Rechtslage kompliziert. Laut der aktuellen Studie „Pflege in den eigenen vier Wänden: Zeitaufwand und Kosten“, im Juni 2017 vorgelegt von der Hans-Böckler-Stiftung, löst jeder zwölfte Pflegehaushalt in Deutschland das Problem mithilfe einer sogenannten Live-In-Kraft. Meist leben Frauen, seltener Männer, oft aus Osteuropa stammend, für einige Wochen oder

WEITERE INFORMATIONEN ZUM THEMA

Mit eigenen Projekten setzen sich die Diakonie Deutschland und die Caritas für die Rechte der Pflegemigranten aus Osteuropa ein. Für legale Vertragsverhältnisse und faire Arbeitsbedingungen will das Caritas-Projekt „CariFair: Zuhause gut betreut“ und Diakonie-Projekt „FairCare“ sorgen. Mehr Informationen unter www.carifair.de und www.vij-faircare.de.

Der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages legte 2016 einen Bericht zur „24-Stunden-Pflege in Privathaushalten durch Pflegekräfte aus Mittel- und Osteuropa. Rechtslage in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten“ vor. Darin steht, dass es „Spezielle Kontrollmöglichkeiten dieser Beschäftigungsverhältnisse“ in Deutschland nicht gibt. Viele dieser Pflegekräfte arbeiteten ohne Rechtsgrundlage und somit ohne Arbeitsschutz, Kranken- oder Sozialversicherung. Der Bericht steht als Download unter <http://bit.ly/2sirOWb> zur Verfügung.

Monate im Haushalt des Pflegebedürftigen und sind für seine Rundum-die-Uhr-Versorgung zuständig. Helma Lutz, Gesellschaftswissenschaftlerin an der Goethe-Universität Frankfurt/Main, schätzt, dass es in Deutschland zwischen 150 000 und 300 000 Live-In-Arbeitsverhältnisse gibt. So genau weiß das keiner. Und will auch keiner wissen. „Ich befasse mich seit 15 Jahren mit dem Phänomen und denke, dass die Erhebung genauerer Zahlen nicht erwünscht ist, weil das Pflegesystem dann anders organisiert werden müsste“, sagte Lutz im Interview mit der Redaktion Migration (Bundeszentrale für politische Bildung, 2015).

PFLEGEAUSBEUTUNG IN DER HÄUSLICHKEIT

Die Live-Ins arbeiten oftmals als Scheinselbstständige oder gar schwarz zu belastenden Bedingungen. Ihre Arbeit ist geprägt von der Struktur des Pflegehaushaltes und dem Tages- und Nachtrhythmus des Pflegebedürftigen. Eigene Belange spielen kaum eine Rolle. Es gibt Familien, die aus verschiedenen Gründen mit Pflegesituationen überfordert sind. Weil die eigene Berufstätigkeit keine Zeit zum Pflegen lässt, weil der Opa nicht aus dem mühsam ersparten Häuschen ausziehen will, weil die Kinder ein schlechtes Gewissen haben, die Mutter „ins Heim zu geben“, dann aber den Pflegeanforderungen nicht gewachsen sind. Gründe gibt es viele. In dieser komplexen Gemengelage sind die Live-In-Kräfte in den Pflegehaushalten nicht nur die Lösung, sondern oft eine Art Blitzableiter, weiß Beraterin Timm. Die Frauen würden geschubst, geschlagen und mitunter käme es sogar zu sexuellen Übergriffen. „Zahlreiche ausländische Pflegekräfte, die uns um Hilfe bitten, berichten von Gewalt und Zwang“, sagt Timm.

Besonders die Betreuung von Demenzerkrankten stelle die Live-Ins vor großen Herausforderungen. „Die Frauen sind mitunter gar nicht medizinisch ausreichend qualifiziert“, sagt Timm. Gehe dann etwas schief, werde die Schuld schnell der „Polin“ zugeschoben. Oft müssten die Frauen noch zusätzliche Aufgaben im Haushalt und im Garten übernehmen. Weigerten sich die Frauen, werde schnell mit der Kündigung gedroht.

Wenn es um das Einfordern ihrer Rechte geht, stehen sich die Frauen oft selbst im Weg, hat Beraterin Timm festgestellt. Pflege und Haushalt sind Aufgaben, die gesellschaftlich als typisch weiblich gelten und nicht als richtige Arbeit anerkannt sind. Schlechte Bezahlung und das Nicht-Sehen von ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen sind die Folgen. „Frauen können oftmals gar nicht den Wert ihrer Arbeit einschätzen“, sagt Timm.

Die Frauen, so Timm, hätten Angst vor einem langen Gerichtsprozess mit ungewissem Ausgang. Zumal die Beweislage in Privathaushalten schwierig sei. Und Arbeitslosigkeit sei für die Betroffenen aufgrund ihrer prekären Situation keine Alternative zum ausbeuterischen Arbeitsverhältnis. „Alle halten den Mund, weil sie Angst haben um ihre Existenz“, sagt Timm.

BPA KRITISIERT DEN GESETZGEBER: „STILLSCHWEIGENDE DULDUNG DER POLITIK IST EINE ZUMUTUNG“

Der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) kritisiert laut eigener Aussage seit Jahren, dass bei den sogenannten grauen und illegalen Pflegekräften der Gesetzgeber wegschaut. „Er regelt nahezu jede Handbewegung bei professionellen Pflegediensten, die wir als bpa vertreten, drückt aber bei der Arbeitserlaubnis, den Arbeits- und Lohnbedingungen dieser meist osteuropäischen Arbeitskräfte beide Augen kräftig zu“, sagt bpa-Geschäftsführer Bernd Tews. Es sei eine Zumutung für die Pflegeunternehmer und ihre Beschäftigten, die ja in Deutschland Steuern zahlen, dass diese Doppelmoral von der Politik stillschweigend geduldet werde.

POLITIK HAT NOCH KEINE LÖSUNG GEFUNDEN

Und was sagt die Politik? „Das Phänomen begleitet uns pflegepolitisch schon seit vielen Jahren und, man muss es offen eingestehen, wir haben noch keinen befriedigenden Umgang damit gefunden“, sagt Elisabeth >>

„Dauerbeanspruchung ist sehr problematisch“

Bernhard Emunds setzt sich in seinem Buch „Damit es Oma gutgeht“ kritisch mit der 24-Stunden-Pflege in Deutschland auseinander. Er sieht die Politik in der Verantwortung, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Pflegehaushalten zu verbessern.

Herr Emunds, Sie sind als Live-In-Kritiker bekannt. Was stört Sie an der 24-Stunden-Pflege?

Das zentrale Problem ist die Arbeitszeit. In einem Arbeitsverhältnis ist der Arbeitgeber weisungsbefugt gegenüber dem Arbeitnehmer. Das ist aber ethisch und rechtlich nur vertretbar, wenn es zeitlich begrenzt ist. Bei der sog. 24-Stunden-Pflege wird dagegen die Dauerpräsenz der Pflegekraft vorausgesetzt. Nur kleine Pausen werden zugelassen, zum Beispiel, wenn der Pflegebedürftige schläft. Aus Studien wissen wir, dass die Dauerbeanspruchung für die Pflegekräfte aus Osteuropa sehr problematisch ist. Als Live-In-Kraft müssen sie sich den Bedürfnissen des Klienten und den zeitlichen Strukturen im Pflegehaushalt vollständig anpassen. Sie führen hier in Deutschland eigentlich kein eigenes Leben. Das haben sie nur bei ihren Familien im Heimatland, in das sie nach einigen Wochen oder Monaten vorübergehend zurückkehren.

Der politische Grundsatz lautet „ambulant vor stationär“. Folgt die Politik damit den Wünschen der Menschen oder soll einfach nur Geld gespart werden?

Der Verdacht, dass es ums Geldsparen geht, steht schnell im Raum. Häusliche Pflege ist ja für den Staat günstiger als die stationäre Pflege. Die Pflege zu Hause kann jedoch für die Beteiligten eine positive Erfahrung sein, wenn sie von ihnen allen gewünscht ist. Leider kommt es in Deutschland oft zur häuslichen Pflege, weil Pflegeheime einen schlechten Ruf haben, ja beinahe zu Schreckgespenstern geworden sind. Das hat vor allem mit der zu geringen Personalbemessung zu tun, an der die Politik dringend etwas ändern muss. Ein anderes Problem besteht darin, dass die häusliche Pflege kaum in ein professionelles Unterstützungs- und Hilfenetzwerk eingebunden ist. In den Familien gibt es kaum Wissen über Angebote wie Kurzzeit- oder Tagespflege. Und entlastende haushaltsnahe Dienstleis-

tungen sind nicht vorhanden, irregulär oder zu teuer. Die Politik müsste die häusliche Pflegeinfrastruktur fördern und dafür sorgen, dass die Informationen bei den Betroffenen ankommen. Haushaltsnahe Dienstleistungen gibt es in Deutschland fast nur in Schwarzarbeit. Gegen diesen Wildwuchs müsste der Staat – ähnlich wie in Belgien oder Frankreich – nicht nur mit Regulierung, sondern auch mit einer gezielten Förderung vorgehen.

Sehen Sie eine Möglichkeit, um die prekäre Situation der Live-Ins zu verbessern? Und können in die Lösung auch ambulante Pflegedienste eingebunden werden?

Emunds: Aus meiner Sicht müsste die Arbeitszeit der Live-In-Kräfte gesetzlich eindeutig geregelt werden. Sie müssten einmal pro Woche einen Anspruch auf 24 Stunden Freizeit am Stück haben. Das entspräche auch der Konvention 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die Deutschland 2013 ratifiziert hat. Mit dieser Richtlinie sollen die Arbeitsbedingungen und der soziale Schutz von Hausangestellten verbessert und den Rechten anderer Arbeitnehmer angenähert werden. Ich kann mir für Deutschland auch ein ähnliches System wie in Österreich vorstellen. Familien in Österreich erhalten ein höheres Pflegegeld, wenn eine Live-In-Kraft mit pflegt. Allerdings wären daran Bedingungen zu knüpfen: Es muss sich um eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung handeln, die wöchentliche Mindestfreizeit von 24 Stunden am Stück wird eingehalten und schließlich besucht ein ambulanter Pflegedienst regelmäßig den Haushalt, um zu beraten und um auf die Einhaltung der Arbeitsbedingungen sowie auf die Qualität der Pflege zu achten. Ein wichtiger Aspekt.

 Bernhard Emunds: Damit es Oma gutgeht. 2016, Westend Verlag, Frankfurt/Main, 17,50 Euro.



FOTO: PRIVAT

> Bernhard Emunds ist Professor für Christliche Gesellschaftsethik und Sozialphilosophie an der Hochschule St. Georgen und Leiter des Nell-Breuning Instituts in Frankfurt. Emunds leitet das Forschungsprojekt „Pflegearbeit in Privathaushalten. Eine Frage der Anerkennung. (2016-2019)“.

» Die Politik müsste die häusliche Pflegeinfrastruktur fördern und dafür sorgen, dass die Informationen bei den Betroffenen ankommen.“

> Bernhard Emunds

» Scharfenberg, pflegepolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag. Die extrem fragwürdigen Bedingungen, unter denen die zumeist osteuropäischen Pflegekräfte in Deutschland leben und arbeiten, seien problematisch. Zudem würden sie in ihrer Heimat als Mütter und als Pflegepersonen fehlen.

Scharfenberg sieht bei dem Thema Live-Ins generell Handlungsbedarf. Live-In-Kräfte brauchen rechtliche Absicherung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen, so Scharfenberg. Und sie will auch die Pflegequalität in den Blick nehmen und die ambulanten Pflegedienste mit ins Boot holen. Live-Ins, sagt Scharfenberg, seien eher ein Mittelstandsphänomen. Eine 24-Stunden-Versorgung sei teuer. Eine passgenaue Pflege müsse aber auch für Familien mit schmalen Geldbeutel zugänglich sein.

„Pflege muss wieder stärker als Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden“, betont Scharfenberg. Die Infrastruktur vor Ort müsse ausgebaut, das ehrenamtliche Engagement und die Nachbarschaftshilfe gestärkt werden.

GRÜNE: NACHHOLBEDARF BEI AMBULANTER INFRASTRUKTUR

Dass die Politik mit ihrem Grundsatz „ambulant vor stationär“ den Bedarf nach Live-In-Kräften noch befeuern könnte, sieht Scharfenberg nicht. „Im Gegenteil“, sagt die Grünen-Politikerin. Die Familien würden auf fragwürdige Angebote zugreifen, weil die Politik dem Wunsch der Menschen so lange wie möglich Zuhause wohnen zu wollen, bislang zu wenig gerecht werde. Es gebe einen großen Nachholbedarf an ambulanter pflegerischer Infrastruktur und der besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

LINKE: GRAUEN PFLEGEMARKT REGULIEREN

Pia Zimmermann von der Fraktion Die Linke sieht die Live-In-Arbeitsverhältnisse ebenfalls kritisch: „Mangelnde oder nicht bezahlbare Pflegeangebote dürfen nicht durch moderne Dienstmädchen ersetzt werden“, sagt die Pflegepolitikerin. Ein weiterer entscheidender Grund, warum Familien Live-Ins beschäftigen würden, sei die unzureichende Finanzierung von Pflegeleistungen. Deshalb tritt sie für eine solidarische Pflegeversicherung ein, in die alle Bürger unabhängig von ihrem Einkommen einzahlen.

Wenn 24-Stunden-Pflege im Privathaushalt erfolge, müssen Arbeitsschutz und Qualitätsanforderungen gelten. Zimmermann plädiert dafür, den „grauen Pflegemarkt“ zu regulieren, Vermittlungsagenturen zu zertifizieren und zu kontrollieren. Außerdem will sie die Pflege-Live-Ins in reguläre Beschäftigungen überführen, für die auch Tarifverträge und das Arbeitszeitgesetz gelten.

JURISTISCH KOMPLIZIERT

Im Kern geht es um die Auslegung des § 18 Abs.1 Ziffer 3. Arbeitszeitgesetz. Hier ist geregelt, auf welche Arbeitnehmer das Gesetz nicht angewendet werden muss. Der entsprechende Passus lautet „Arbeitnehmer, die in häuslicher Gemeinschaft mit den ihnen anvertrauten Personen zusammenleben und sie eigenverantwortlich erziehen, pflegen oder betreuen“. Von einer erforderlichen Lebensgemeinschaft im Sinne von tatsächlich miteinander leben, könne bei 24-Stunden-Kräften, die im Privathaushalt leben, regelmäßig nicht die Rede sein, meint Peter Sausen. Als Fachanwalt für Arbeitsrecht verfügt Sausen über langjährige Beratungserfahrung in der Pflege. Die 24-Stunden-Kräfte leben „bei“ den zu Pflegenden, nicht „mit“ ihnen, weshalb eine Trennung von Freizeit- und Arbeitsphasen möglich ist, sagt Sausen. Für die betroffenen Arbeitnehmer ergebe sich ein Anspruch auf die Begrenzung der Arbeitszeit und die Einhaltung des Arbeitszeitschutzes. Auch stelle sich die Frage der Vergütung von Bereitschaftszeiten, so Sausen.

SPD: LEGALEN WEG SCHAFFEN FÜR 24-STUNDEN-PFLEGE

Mitte Mai hat die SPD den Entwurf ihres Regierungsprogrammes vorgestellt. Darin steht, dass die Pflegefamilien immer häufiger Haus-

LEIDER VERHINDERT!

Erklärung der Chefredaktion

Der hier vorliegende Artikel macht einmal mehr deutlich, dass in Sachen Arbeitsmigration und Pflege der Gesetzgeber gefordert ist. Umso bedauerlicher ist es, dass nicht alle im Bundestag vertretenen Parteien unsere Recherche unterstützt haben. Der pflegepolitische Sprecher der Unionsfraktion, Erwin Rüdell, sah sich nicht vorrangig zuständig und verwies unsere Rechercheanfrage an den Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiker seiner Fraktion, Karl Schwiering. Schwiering hatte dann keine Zeit für die Beantwortung unserer Fragen. Bei der SPD wurde die Anfrage von der Gesundheitspolitikerin Hilde Mattheis an die Pflegepolitikerin Mechthild Rawert weitergereicht. Beide hatten nach eigenem Bekunden aber keine Zeit, uns eine Antwort zu geben. Schließlich beschäftigte sich SPD-Politikerin Heike Baehrens mit dem Thema, verlangte aber, unseren Artikel gegenzulesen. Anderenfalls wollte sie ihre Zitate nicht für den Artikel freigeben. Die Redaktion ist nicht bereit, sich in ihrer inhaltlichen Arbeit kontrollieren zu lassen. Ein solches Vorgehen widerspricht unserer Auffassung einer freien Presse und den allgemeinen journalistischen Prinzipien.

Lukas Sander, Chefredakteur Häusliche Pflege

haltshilfen in Anspruch nehmen. Besonders das Arbeitsverhältnis der 24-Stunden-Pflege und -Betreuung im Haushalt sei eine „Herausforderung“. Dafür wollen wir den privaten Haushalten einen einfachen legalen Weg eröffnen, schreiben die Sozialdemokraten. Die staatliche Förderung solle an die soziale Absicherung der Beschäftigten gekoppelt, Hilfe- und Unterstützungsangebote gut aufeinander abgestimmt und die Beratung über die zur Verfügung stehenden Pflegeleistungen verbessert werden.

LAUMANN: LIVE-INS FAIR BEZAHLEN

Karl-Josef Laumann (CDU), Patientenbeauftragter der Bundesregierung, sieht keinen Handlungsbedarf, wenn die Live-Ins „fair bezahlt und arbeitsrechtlich angemessen behandelt werden“. Die Herausforderung sieht Laumann in der Schwarzarbeit. Diese zu verfolgen sei die Aufgabe von Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden. „Wir können allerdings nicht den Zoll in jeden Haushalt schicken, in dem ein Pflegebedürftiger versorgt wird“, sagt Laumann. Alle Beteiligten, nicht nur die Politik, sollten intensiv über pragmatische Verbesserungsmöglichkeiten nachdenken.

Ilona und Mila, die Pflegerinnen aus Polen, haben intensiv nachgedacht. Sie haben gekündigt und hoffen, dass sie ihre Ansprüche vor dem Arbeitsgericht durchsetzen können.

➔ DGB-Beratungsstelle „Faire Mobilität“: www.faire-mobilitaet.de



BÄRBEL TRILLER

> Diplom-Sozialwissenschaftlerin und freie Journalistin in Hannover